

**Modul „Politisches System der Bundesrepublik Deutschland“**  
**Klausur im Wintersemester 2009/2010 am 4. Februar 2010**  
**(90 Punkte)**

- Gestellt sind sowohl Multiple Choice – als auch offene Fragen. Die offenen Fragen sind kurz und präzise in einem Satz zu beantworten. Die offene Frage am Ende ist ausführlich zu beantworten.
- Alle Fragen sind zu beantworten.
- Bei den Multiple Choice Fragen können 0, 1, 2, 3 oder 4 Antworten richtig sein.
- Eine Multiple Choice Frage ist NUR dann richtig beantwortet, wenn ALLE richtigen Antworten angekreuzt wurden.
- Wird eine oder mehrere Antworten zu viel oder zu wenig angekreuzt, gilt die Frage als **falsch** beantwortet!
- Pro Frage (Multiple Choice und offene Fragen) werden 2 Punkte vergeben. Für die Beantwortung der ausführlichen Frage am Ende erhalten Sie maximal 14 Punkte. Insgesamt können Sie 90 Punkte erhalten.

1. Nennen Sie die vier zentralen Systemwechsel, die Deutschlands Entwicklung im 20. Jahrhundert kennzeichneten

---

---

---

2. Welche Aussagen treffen prinzipiell auf die Staatsform der Republik zu?
- Die Staatsgewalt ist an die Verfassung gebunden.
  - Die Staatsgewalt wird für eine bestimmte Zeitspanne gewählt.
  - Das Staatsoberhaupt wird entweder gewählt oder per Erbfolge auf unbestimmte Zeit bestimmt.
  - Das Staatsoberhaupt wird indirekt gewählt.
3. Was bezeichnet und beschreibt die Politikwissenschaft mit dem Begriff „polity“?
- Verfassungen und Normen von politischen Systemen
  - Den politischen Prozess als Kampf um Macht und Durchsetzung
  - Die inhaltliche Dimension von Politik
  - Politische Institutionen
4. Welche Parteien waren in Deutschland nach dem Zweitem Weltkrieg keine Wieder-, sondern Neugründungen?
- SPD
  - CDU
  - KPD
  - LDPD

5. Was besagt die „Ewigkeitsklausel“ des Grundgesetzes (Antwort in einem Satz)?

---

---

---

6. Welches Prinzip/welche Prinzipien kennzeichnete(n) die Verfassung der DDR?

- ) Zentrismus
- ) Volkskammer als höchstes Organ
- ) Einparteienstaat
- ) Marktwirtschaft

7. Was waren Staatsorgane der DDR?

- ) Senat
- ) Ministerrat
- ) Staatsrat
- ) Volkskammer

8. Die Rechtsstaatlichkeit ist ein Strukturprinzip der BRD. Es bedeutet:

- ) Alle staatliche Handeln muss auf Recht und Gesetz beruhen.
- ) Die Mitglieder der Justiz werden in demokratischen Wahlen bestimmt oder per Losverfahren ausgewählt.
- ) Das Parlament besitzt als Gesetzgeber das ausschließliche Recht auf Gesetzesinitiative.
- ) Die Gesetzgebung unterliegt der verfassungsrechtlichen Überprüfbarkeit.

9. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden nach Art. 38b (1) GG „in allgemeiner, unmittelbarer, gleicher und geheimer Wahl gewählt“. Dabei bedeutet „unmittelbar“:

- ) Allen Staatsbürgern steht das passive Wahlrecht zu.
- ) Alle Wähler verfügen über die gleiche Anzahl an Stimmen.
- ) Abgeordnete werden ohne Zwischenstufe gewählt.
- ) Alle Stimmen werden in der Auszählung gleich gewichtet.

10. In welchem Wahlsystem/ welchen Wahlsystemen sind in der Regel zwei Wahlgänge nötig?

- ) Relative Mehrheitswahl
- ) Absolute Mehrheitswahl
- ) Verhältniswahlsystem mit Sperrklausel
- ) Verhältniswahlsystem ohne Sperrklausel

11. Grenzen Sie aktives und passives Wahlrecht voneinander ab (Antwort in einem Satz)!

---

---

---

12. In welchem Ansatz/ welchen Ansätzen zur Erklärung des Wahlverhaltens spielen langfristige gesellschaftliche Konfliktlinien eine zentrale Rolle?

- ( ) Mikrosoziologischer Ansatz
- ( ) Makrosoziologischer Ansatz
- ( ) Ökonomischer Ansatz
- ( ) Sozialpsychologischer Ansatz

13. Ausgleichsmandate kennzeichnen die Wahlsysteme einiger deutscher Bundesländer. Nennen Sie die Funktion der Ausgleichsmandate und zwei Bundesländer, in denen diese zur Anwendung kommen können.

---

---

---

14. Wann wurde in Deutschland das Frauenwahlrecht eingeführt?

- ( ) 1871
- ( ) 1918
- ( ) 1945
- ( ) 1968

15. Welche Aussage(n) zur Parteienfinanzierung in der BRD ist/sind zutreffend?

- ( ) Staatliche Zuschüsse erhalten Parteien, die bei Bundestagswahlen mindestens 0,5 Prozent der Stimmen erreichen
- ( ) Staatliche Zuschüsse erhalten Parteien, die bei Landtagswahlen mindestens 1,0 Prozent der Stimmen erreichen.
- ( ) für die ersten 4 Mio. Stimmen werden je 2,50 EUR staatliche Zuschüsse gewährt
- ( ) Für jeden EUR privater Spenden an einer Partei werden 0,50 EUR staatliche Zuschüsse ausgezahlt.

16. Nennen sie zwei Merkmale, die Interessenverbände von Parteien abgrenzen!

---

---

---

17. Die Theorie der Politikverflechtung stammt von...

- Stefan Marschall
- Manfred G. Schmidt
- Fritz W. Scharpf
- Angela Merkel

18. Nennen Sie das zentrale Unterscheidungsmerkmal parlamentarischer und präsidentieller Systeme!

---

---

---

19. Welche Partei(en) war(en) nie im deutschen Bundestag vertreten?

- KPD
- GB/BHE
- Zentrum
- Bayernpartei

20. Wann zogen die Grünen erstmals in den deutschen Bundestag ein?

- 1980
- 1982
- 1983
- 1990

21. Nennen Sie zwei Ausschüsse des deutschen Bundestags, die von der inhaltlichen Ausrichtung keine „Dopplung“ eines Bundesministeriums darstellen.

---

---

---

22. Welche Gruppe von Verbänden werden in der BRD als die „Großen Vier“ bezeichnet?

- Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, Kirchen und der DFB
- Kirchen, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Umweltverbände
- Bauernverbände, Kirchen, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände
- Wirtschaftsverbände, Bauernverbände, Verbraucherschutzverbände, Gewerkschaften

23. Was ist die „Europäische Volkspartei“ (Antwort in einem Satz)?

---

---

---

24. Der Ältestenrat des Deutschen Bundestages...

- ... beschließt das Sitzungsprogramm des Plenums.
- ... hat die „Macht“ über die Tagesordnung.
- ... entscheidet über die Einberufung von Untersuchungsausschüssen.
- ... kann Enquete-Kommissionen einberufen.

25. Nennen Sie vier Funktionen des Deutschen Bundestages!

---

---

---

26. Im Gesetzgebungsprozess der BRD können folgende Organe Gesetzesvorschläge einbringen:

- Bundestag
- Bundespräsident
- Bundesrat
- Bundesregierung

27. Seit wann werden die Abgeordneten des Europäischen Parlaments in direkter Wahl bestimmt?

- 1957
- 1979
- 1983
- 1990

28. Welche Aussage(-n) sind zutreffend?

- Der Bayrische Senat war in Bayern bis 1999 zweite Kammer neben dem Landtag.
- Als „Bayrischer Senat“ wird das Landesparlament Bayerns bezeichnet.
- Der Bayrische Senat wurde aufgrund eines entsprechenden Volksentscheides abgeschafft.

29. Kennzeichen des Vermittlungsausschusses zwischen Bundestag und Bundesrat ist/sind?

- Das Recht, an gescheiterten Gesetzesvorlagen Änderungen vorzunehmen.
- Seine flexible, der Komplexität des Gesetzesvorhabens angepasste Größe
- Der ständige Sitz des Bundespräsidenten im Vermittlungsausschuss.
- Die Unveränderbarkeit des Vermittlungsausschusses in Bundestag und Bundesrat.

30. Der Kanzler/ die Kanzlerin besitzt die Organisationsgewalt in der Definition von Anzahl und Zuschnitt des Bundesministerien. Nennen Sie zwei Ministerien, die jedoch per Gesetz vorgeschrieben sind!

---

---

---

31. Welche Aussage(n) zur personellen Besetzung des Bundeskabinetts ist/sind zutreffend?

- Ilse Aigner ist Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und gehört der CSU an.
- Ursula von der Leyen (CDU) ist Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Philipp Rösler gehört der FDP an und ist Bundesminister für Gesundheit.
- Thomas de Maizière ist Bundesminister des Inneren und gehört der FDP an.

32. Welche Aussage(n) ist/ sind für das konstruktive Misstrauensvotum zutreffend?

- Das konstruktive Misstrauensvotum macht die Abwahl eines Kanzlers sehr unwahrscheinlich.
- Das konstruktive Misstrauensvotum bringt der Opposition einen erheblichen Machtzuwachs.
- Ludwig Erhardt wurde durch das konstruktive Misstrauensvotum als Kanzler abgewählt.
- Das konstruktive Misstrauensvotum bedingt häufige Regierungswechsel.

33. Welche Voraussetzungen sind in der Bundesrepublik für die Auflösung des Bundestages zu erfüllen?

- Die Vertrauensfrage des Kanzlers wurde zurückgewiesen.
- Der Bundespräsident löst auf Bitte des Kanzlers das Parlament auf.
- Der Bundestag beschließt seine Auflösung mit einer 2/3 Mehrheit.
- Das Kabinett beschließt die Auflösung des Parlamentes.

34. Die Befehlsgewalt über die Streitkräfte hat :

in Friedenszeiten: \_\_\_\_\_  
im Verteidigungsfall: \_\_\_\_\_

35. Die Kultusministerkonferenz...

- ... ist Element der *horizontalen Politikverflechtung* in der BRD.
- ... resultiert aus den Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern im Bereich Bildungspolitik und Wissenschaftsförderung.
- ... ist eine Institution der *hierarchischen Politikverflechtung*.
- ... wurde 2006 im Rahmen der Föderalismusreform aufgelöst.

36. Welche Aussage(n) ist/sind für das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) zutreffend?
- Das BVerfG wird jeweils zur Hälfte vom Bundestag und Bundesrat mit 2/3-Mehrheit gewählt.
  - Richter am BVerfG dürfen höchstens einmal wiedergewählt werden.
  - Das BVerfG besteht aus zwei Senaten mit jeweils acht Richtern.
  - Die Richter des BVerfG werden von der Bundesregierung bestimmt.

37. Nennen Sie alle bisher vom BVerfG verbotenen Parteien und geben Sie das Jahr des Verbotes an!

---

---

---

38. Auf Grundlage welcher Verfahrensarten kann das BVerfG aktiv werden?

- Abstrakte Normenkontrolle
- Interpretationsverfahren ex officio
- Konkrete Normenkontrolle
- Verfassungsbeschwerden

39. Welches Bundesland/ welche Bundesländer hatten bis 2008 kein eigenes Landesverfassungsgericht?

- Saarland
- Brandenburg
- Schleswig-Holstein
- Bayern

40. Welche Änderungen kennzeichnen die Förderalismusreform 2006?

- Die Ausdehnung der Rahmengesetzgebung des Bundes
- Die Erweiterung der Gemeinschaftsaufgaben um die Politikfelder „Schule“ und „Terrorabwehr“
- Die Abschaffung der konkurrierenden Gesetzgebung
- Die Möglichkeit der Abweichgesetzgebung durch die Länder

41. Nennen sie zwei Beispiele für die Kompetenzabwanderung von den Bundesländern hin zu Ebenen der Europäischen Union!

---

---

---

42. Das Europäische Parlament:

- Kann ein Misstrauensvotum gegen die Europäische Kommission mit zwei Drittel der abgegebenen Stimmen aussprechen.
- Bekommt durch den Lissabon-Vertrag erweiterte Mitentscheidungskompetenzen.
- Wird europaweit einheitlich nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt.
- Besitzt neben der Kommission das Recht zur Gesetzesinitiative.

43. Almond und Verba beschrieben in den 1960er Jahren die politische Kultur als:

- Folge von historischen Prozessen individueller Sozialisation
- Langlebig und kollektiv
- Ausdruck von Einstellungen
- Wünschenswerten Diskussionsstil in Parlamenten

44. Die These „relativer Deprivation“ erklärt weiterhin bestehende Differenzen in der politischen Kultur zwischen Ost- und Westdeutschland...

- ...durch weiterhin bestehende sozialstrukturelle Unterschiede.
- ... mit in der DDR gewonnenen Werteorientierungen der Ostdeutschen.
- ...mit der Herausbildung einer „Ostidentität“

45. Der Bundestagswahlkampf von Bündnis90/ Die Grünen im Jahr 2009 war geprägt von...

- der Konzentration auf einen Kanzlerkandidaten
- den knappen finanziellen Ressourcen
- dem Versuch eine innovative Online-Kampagne zu organisieren.
- der schlechten Ausgangssituation nach einem unterdurchschnittlichen Wahlergebnis bei den Wahlen zum Europäischen Parlament.